Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-Altstadt
Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstraße 2
Fernsprech-Sammelnummer 17289 • Postscheckkonto: Amt Dresden Nummer 13568, Emil Schlegel

Organ der KPD.
Sektion der Kom. Intern. (Bezirk Ostsachsen)

Schriftleitung: Dresden-A. Güterbahnhofstr. 2
Fernsprecher: Amt Dresden Nummer 17289 • Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden • Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachmittags von 5—6 Uhr (außer Sonnabends)

Beilagen: Der Rote Stern • Die Kommunistin • Der Kom. Gewerkschafter • Der Kom. Genossenschafter • Wirtschaftl. Rundschau • Kunst und Wissen

2. Jahrg. | Bezugspreis für den Monat frei ins Haus 2 RM. (hiervon entfällt 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) • In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises • Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen | Dresden, Mittwoch, 27. Januar 1926 | Anzeigenpreis: Die sechsmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.30 RM., für Familienanzeigen 0.20 RM., für die Reklamezeile entsprechend an den festgesetzten Zeitteilen 1.25 RM. • Anzeigen-Annahme bis vorher bis 10 Uhr nachmittags in der Expedition | Nr. 22

Kampf dem Kabinett der Arbeiterfeinde!

Provozierende Regierungserklärung Luthers

Am Dienstag hat endlich nach monatelangem Kuhhandel Luther sein neugebildetes „Kabinett der Mitte" dem Reichstag vorgestellt und die verantwortliche Regierungserklärung abgegeben. Die bekannten Perlen des ersten reaktionären Luther-Kabinetts, die Geßler, Brauns und Stresemann, zieren neben einigen neuen „demokratischen" Konterbuntschuhen die Regierungsbank, auf ihnen ruht verständnisvoll der Blick der zahlreich erschienenen Ententevertreter, die gewiß sind, daß die Politik des Locarno-Kurses unverändert weitergeführt werden soll.

Der in der Regierungserklärung offen zum Ausdruck gebrachten Kampfansage der Arbeiterfeinde sind einzig die Kommunisten entgegengetreten. Die Sozialdemokraten schwiegen still und stumm in ihren Bänken, ohne auf den offenen Hohn Luthers einen entgegnenden Zwischenruf zu finden. Sie nahmen es widerspruchslos auf, als Luther den gerade in den letzten Tagen so grenzenlos kompromittierten Monarchisten Geßler Vertrauen forderte, sie nahmen es hin, als die Fortsetzung der von Brauns so unternehmerfreundlich geführten „Sozialpolitik" angekündigt wurde. Auch das Wort Luthers, daß „die Unterschriften des Volksentscheids" nicht geduldet werden dürfe, fand bei ihnen keine Entgegnung. Ihr ganzes Verhalten war ausgerichtet für das in den nächsten Tagen gegen den ausgesprochenen Willen der gesamten Arbeiterklasse zu vollbringende Ermächtigungsmanöver für die Lutherregierung.

Dabei war diese Regierungserklärung eine einzige Provokation. Unverfrorener Hohn war es, als Luther die Fortsetzung der so „erfolgreich begonnenen Preissenkungsaktion" ankündigte, als er zur Frage der Fürstenabfindungen, der Arbeitserwerbslosigkeit Stellung nahm. Nichts war in seiner Erklärung an tatsächlichen Abhilfemaßregeln gegen Arbeitslosigkeit, gegen das Elend der Beamten, gegen die Not der Kleinbauern, gegen die Unternehmerangriffe, gegen die allgemeine sich Tag für Tag steigernde Not.

Die neue Regierung der Reaktion hat ihr arbeiterfeindliches Gesicht offen und klar enthüllt. Wenn dieser Regierung sie um Leben lägt, so werden die Massen in Stadt und Land eben so offen und klar Regierung und Kapitalisten antworten!

Es bleibt beim alten Programm der Luther-Reaktion

Zu Beginn der Reichstagssitzung nimmt sofort Luther, von den Kommunisten mit Rufen: „Der Mann mit der eisernen Stirn!" „Hinaus mit Geßler!" empfangen, das Wort zur Regierungserklärung. Er führt aus:

Es ist Sache des Reichstags, zu entscheiden, ob die neue Minderheitsregierung der Mitte die Vertrauensgrundlage für ihre Arbeit finden wird. In der Außenpolitik ist ihr Weg durch den abgeschlossenen Locarno-Vertrag bestimmt. Die wichtigste Entscheidung der Reichsregierung wird den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bedeuten. Sie gebe sich der Erwartung hin, daß die Verhandlungen über eine fühlbare Ermäßigung der Truppenstärke im besetzten Gebiet zu einem günstigen Ergebnis führen werden.

Für die Fragen der Innenpolitik gelte die Erklärung, die von Luther am 19. Januar 1925 im Reichstag abgegeben wurde. Auf diese Erklärung berufe sich die neue Regierung auch wegen der grundsätzlichen Einstellung zu Beamtentum und Beamtenrecht und zu den Fragen unserer, auf christlicher Grundlage beruhenden Kultur. (Höhnische Zwischenrufe bei den Kommunisten, Genosse Höllein wird zur Ordnung gerufen.) Die Vermögensauseinandersetzung mit den früheren Fürstenhäusern bedürfe einer möglichst baldigen Regelung, wobei die Reichsregierung dem deutschen Volke die Unruhe eines Volksentscheides ersparen möchte. (Erneuter Entrüstungssturm bei den Kommunisten, minutenlange Unterbrechung Luthers durch Zwischenrufe, für die Loebe die Genossen Thälmann, Schneller und Heckert zur „Ordnung" ruft.)

Die Ueberwindung der Wirtschaftskrise erfordere die Aufbietung aller geistigen und sittlichen Kräfte. Die öffentlichen Ausgaben seien auf ein Mindestmaß herabzusetzen. (Zwischenrufe: Beamtenabbau, Hungergehälter!) Die Bereitstellung von öffentlichen Geldern dürfe grundsätzlich den Rahmen einer produktiven Erwerbslosenfürsorge nicht überschreiten. Der Wiederbelebung des deutschen Handels seien die hohen Zölle des Auslandes äußerst hinderlich.

Besonders stark wird der Widerspruch der kommunistischen Fraktion, als Luther den Mut aufbringt, zu erklären, „daß die schon vor längerer Zeit wirksam eingeleitete Preissenkungsaktion mit Nachdruck fortgesetzt werden müsse." Beim Protest gegen diese offene Verhöhnung des Reichstages wird Genosse Höllein zum zweiten Male zur Ordnung gerufen. Die Reichsregierung plane die Einbringung eines Arbeiterschutzgesetzes, das die gesetzlichen Bestimmungen über Arbeiterschutz einheitlich zusammenfasse, und die Arbeitszeit neu regeln soll. Die Unterzeichnung des Washingtoner Abkommens müsse von dem gleichzeitigen Inkrafttreten in England, Frankreich und Belgien abhängen. Die Erwerbslosenfürsorge sei mit Beschleunigung zu betreiben. Die Regierung werde „mit besonderer Aufmerksamkeit feststellen, ob eine Linderung der Not der Kurzarbeiter möglich ist." Die deutsche Gesamtpolitik müsse auf die Herstellung eines wirklichen europäischen und Weltfriedens eingestellt sein.

Mit keinem Wort ging Luther auf die durch die zahlreichen kommunistischen Zwischenrufe aufgeworfenen Fragen ein. Er schwieg zu den Protesten gegen Erwerbslosen- und Beamtennot, gegen die Schande der Mietsteigerungspläne. Und es war typisch, daß Loebe Luther in Schutz nahm mit der Bemerkung: „Der Reichskanzler spricht, was er will!" — worauf ihm die Antwort wurde: „Er soll sprechen, was die Arbeiter brauchen!"

Nach Luthers Rede wurde gegen die Stimmen der Kommunisten die sofortige Vertagung beschlossen; die Stellungnahme zur Regierungserklärung, für die jeder Partei 1½ Stunden zugemessen sind, wurde auf Mittwoch nachmittag vertagt und soll mit der Abstimmung am Donnerstag abend abgeschlossen werden. Mit den Stimmen der Deutschnationalen, Sozialdemokraten und Kommunisten wurde gegen die Parteien der Minderheitsregierung beschlossen, die deutschnationale Interpellation über die Bedingungen des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund mit der Debatte über die Regierungserklärung zu verbinden.

Mißtrauensantrag der KPD.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat zur Erklärung der Regierung folgenden Antrag eingebracht:

„Die Regierung Luther besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags."

Was verlangt die Arbeiterschaft vom SPD.-Landesparteitag?

Der Landesvorstand Sachsen der KPD. schreibt uns:

Der Landesparteitag der SPD. steht am Sonntag in Dresden vor der Aufgabe, eine klare unzweideutige Entscheidung über das Heidelberger Kompromiß zu fällen. Er muß in einer gründlich veränderten Situation zu dem Heidelberger Parteitagsbeschluß Stellung nehmen, der wegen seiner Rechtfertigung der Held-Regierung und ihrer arbeiterfeindlichen Politik im ganzen Lande die schärfste Ablehnung durch die sozialdemokratischen Arbeiter erfuhr. Wenn in Heidelberg sich die Linken dem Willen der 23 Rechten und des Parteivorstandes unterwerfen, so stand damals wie auch jetzt dem die schärfste Opposition der übergroßen Mehrheit der sächsischen sozialdemokratischen Arbeiter gegenüber.

Es geht um die Frage — bürgerliche Koalitionspolitik oder proletarischer Klassenkampf —. Die zweijährige Regierungstätigkeit der Held-Regierung hat in unzähligen Fällen den Beweis geliefert, daß die Politik der 23 Rechten in der Koalition mit der großkapitalistischen Volkspartei eine Politik gegen die Arbeiterschaft und für die Interessen der kapitalistischen Reaktion ist. Das Lob, das die reaktionäre Presse jetzt wieder anläßlich des zweijährigen Jubiläums der Großen Koalition in Sachsen den sozialistischen Ministern spendete und ihr Haß, mit dem sie die linke Opposition verfolgt, bestätigt mit aller Schärfe den reaktionären Charakter der Koalitionspolitik. Die kapitalistische Reaktion weiß, daß die Held-Regierung ihre Regierung ist, daß eine Beseitigung dieser Regierung durch die Einheitsfront der Arbeiterschaft ihre Geldsackinteressen bedroht. Mit Recht wurden deshalb die 23 Rechten von ihren eigenen linken Genossen als die Helfershelfer der Reaktion charakterisiert.

Aber die linken Führer hatten trotzdem die Heidelberger Beschlüsse akzeptiert und den Ausschluß der 23 Rechten zurückgenommen. Sie begründeten dies damit, daß die 23 Rechten ihre arbeiterfeindliche Politik aufgeben würden. Sie waren schwach und ihre Hoffnung, dem Konflikt ausweichen zu können, wurde gründlich getäuscht. Die Held-Regierung hat nach Heidelberg ihre Aktion gegen die Arbeiterschaft und die Linken nicht gemildert, sondern verschärft. Die Ablehnung jeglicher Maßnahmen für die Massen der Kurzarbeiter und Erwerbslosen, die Ablehnung jeder Maßregel gegen Lohnabbau, Betriebseinschränkungen und massenhafte Betriebsstillegungen, die Verschärfung der Justizreaktion, die schon zum Raub des Streikrechts schreitet, der systematische Abbau aller linksverdächtigen Beamten, die untertänige Begrüßung Hindenburgs durch Held, das Huldigungsschreiben des Polizeiministers beim Tode des Reichsexekutors — General Müller —, die Weigerung der nachträglichen entschädigungslosen Enteignung des sächsischen Königshauses zuzustimmen, — das alles waren neue Provokationen, die die verschärfte Empörung auch der sozialdemokratischen Arbeiterschaft hervorgerufen haben.

Die SPD.-Arbeiter haben politisch auf diese Provokationen geantwortet. Nicht nur Hunderte von Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen, sondern auch die SPD.-Funktionär-Konferenzen in Leipzig, Plauen, Zwickau, Dresden usw. haben einmütig verlangt, daß nunmehr endlich mit der Held-Regierung Schluß gemacht wird.

Her mit der Landtagsauflösung.
Fort mit der Koalitionsregierung.

das waren die einmütigen Forderungen der SPD.-Arbeiter, die jetzt vom Landesparteitag die konsequente Durchführung dieser Forderungen erwarten. Die Funktionäre des Unterbezirks Plauen forderten sogar die Landtagsauflösung unbedingt noch vor dem Landesparteitag. Mit 21:15 Stimmen hat jedoch die Landtagsfraktion abermals den Auflösungsantrag abgelehnt und damit dokumentiert, daß sie auf den einheitlichen Willen ihrer Parteimitgliedschaften gar nichts mehr gibt. Diese Stellungnahme vorausgesehen und belehrt durch andere bittere Erfahrungen der Vergangenheit, forderten die Plauener Funktionäre für den Fall, daß auch jetzt die Landtagsfraktion einen Auflösungsbeschluß des Landesparteitages nicht nachkommen sollte, den konsequenten Bruch mit den 23 Rechten. Diesem entschlossenen Willen entsprechend, muß jetzt der Landesparteitag handeln, wenn es der Parteivorstand auch diesmal wieder wagen sollte, die 23 Rechten gegen den einheitlichen Willen der gesamten Parteimitgliedschaften in ihrer kapitulistischen Koalitionspolitik weiter zu stützen.

Die Delegiertenwahlen zum Landesparteitag haben nach den Meldungen der SPD-Presse eine Stärkung der bisherigen Linken gebracht. Auch die letzte rechte Hochburg Chemnitz ist gefallen, die Rechte wird auf dem Landesparteitag in verschwindender Minderheit sein. Der durch die Delegiertenwahlen verstärkte linke Flügel hat mit seiner überwältigenden Mehrheit jetzt die alleinige volle Verantwortung für alle Entscheidungen dieses Parteitages, der in einer politisch und wirtschaftlich außergewöhnlich kritischen Situation stattfindet. Die Lage ist so kritisch, daß sogar die für einen Landtagsauflösungsbeschluß in Heidelberg

Verbot kommunistischer Demonstration

Stettin, 27. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Das Stettiner Polizeipräsidium ließ der KPD. und dem RFB. mitteilen, daß das Polizeipräsidium die Demonstration, die heute in Stettin stattfinden wird, sofort auflösen werde, wenn — [illegible] werde! Bei den Verhandlungen, die darauf hin geführt wurden und bei den von unseren Genossen auf das Gesetz- und Verfassungswidrige einer solchen Anordnung hingewiesen wurde, erklärte der Polizeirat Nitz, ihn kümmere die Bestimmung der Verfassung nichts. „In Stettin bestimme ich," was gemacht werden dürfe und was nicht. Die Polizei fühle sich durch das Singen provoziert und würde unter allen Umständen mit allen Mitteln einschreiten. Auf die Bemerkung, daß die Polizei damit ein Blutvergießen heraufbeschwören wolle, erklärte er, daß er die Verantwortung dafür schon allein tragen würde.

Annahme des Sperrgesetzes gegen die Fürstenabfindung im Rechtsausschuß

In der Sitzung des Rechtsausschusses des Reichstages vom Dienstag ergab sich, daß eine Zweidrittelmehrheit für das von den Kommunisten beantragte Sperrgesetz vorhanden ist, durch das alle Fürstenprozesse bis zum Inkrafttreten der reichsgesetzlichen Regelung ruhen. Der vom Genossen Korsch begründete Gesetzentwurf der KPD. lautet folgendermaßen:

„Alle Rechtsstreitigkeiten, die bei deutschen Gerichten über die Auseinandersetzung mit den ehemals regierenden Fürstenhäusern anhängig sind, werden bis zum Inkrafttreten einer reichsgesetzlichen Regelung (Gesetz oder Volksentscheid) ausgesetzt. Neue Verfahren werden nicht eingeleitet."

Nachdem die bürgerlichen Vertreter beantragt hatten, einige technische Aenderungen an dem Sperrgesetz vorzunehmen, wurde das Sperrgesetz gegen die Deutschnationalen angenommen und dem Plenum überwiesen. Nachdem das Zentrum und die Demokraten, sowohl als auch die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftliche Vereinigung dem Sperrgesetz ihre Zustimmung gegeben haben, ist die Zweidrittelmehrheit gesichert.

Vor einem neuen Zaschiftenputsch

Die „B. Z. am Mittag" berichtet von einem Putschmanöver, das für den vaterländischen Verbände am 27. Januar, an dem Geburtstag des ehemaligen Kaisers. Der Befehl soll eine [illegible] weise Besetzung der Stadt Berlin, von Charlottenburg bis nach dem Osten, vorsehen, ebenso die Besetzung einiger Schupo-Kasernen, deren „unzuverlässige" Mannschaften entwaffnet werden sollen, worauf die Verbände-Mitglieder in Schupo-Uniform Dienst tun sollen. In den Kreisen der nationalen Verbände wird noch erzählt, das Unternehmen sei völlig gesichert und zuverlässige Reichswehr sei zur Unterstützung der Putschisten bei Bedarf zusammengezogen. Die Polizei erklärt, daß sie von diesen Vorhaben zwar Kenntnis habe, ihnen aber keine praktische Bedeutung beimesse. Die „B. Z." bezeichnet diese Pläne als die „alten unmöglichen Spielereien, die niemals glücken können". — Die „B. Z." berichtet gleichzeitig vom Aufenthalt des ausgewiesenen Freikorpsführers Oberleutnant Roßbach in Berlin. Roßbach soll von der Polizei um „Auskunft ersucht worden" in zwei Fällen von Fememorden. Es handelt sich um das spurlose Verschwinden von [illegible] und des Gefreiten Kurt Leo.